Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Stadtrates vom 08.11.2007 um 18.30 Uhr im Schulungsraum des Feuerwehrhauses der Stadt Kitzingen

---

Anwesend: Oberbürgermeister Moser

CSU-Stadtratsfraktion:
Bürgermeister Böhm (ab 19.10 Uhr, Ziffer 3)
Stadtrat Lux
Stadtrat Rank (ohne Ziffer 3)
Stadtrat Schardt
Stadträtin Schwab
Stadträtin Stocker
Stadtrat Straßberger
Stadtrat Weiglein
SPD-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Arayici
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene
Stadtrat Dr. Kröckel
Stadtrat Mahlmeister (ohne Ziffer 3)
Stadträtin Sagol
UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Ferenczy
Stadtrat E. Müller
Stadtrat S. Müller
Stadträtin Richter
Stadtrat Schmidt
FW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Haag
Stadträtin Wachter
Stadträtin Wallrapp
KIK-Stadtratsgruppe:
Stadtrat Konrad
Stadtrat Popp
ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt
„parteilos“

Berufsmäßige Stadträte: Rodamer
Groß

Berichterstatter: Rechtsrätin Schmöger
Dipl. – Ing. Volkamer (Ziffer 1)
Herrn Wirth, Büro arc.grün (Ziffer 1)

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Entschuldigt fehlten: Stadträtin Dr. Endres-Paul
Stadtrat Heisel
Stadtrat Jeschke
Stadtrat May
2. Bürgermeisterin Gold

Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Stadtrates waren ordnungsgemäß geladen. Von den 31 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Stadtrat ist somit beschlussfähig. Es gibt keine Einwände gegen die Tagesordnung.

1. Umgestaltung Bahnhofsumfeld

A. Herr Wirth, arg.grün geht im Folgenden anhand einer Präsentation auf die derzeitige Situation des Bahnhofsumfeldes ein und stellt ausführlich dar, welcher Bedarf an Park & Ride Flächen in Kitzingen bestehen könnte, welche Anzahl von Stellplätzen andere Gemeinden, die am VGN angeschlossen sind, vorweisen und welche verschiedenen Möglichkeiten man habe, die Park & Ride Flächen unterzubringen. Er erklärt, dass – wie bereits in der Sitzung des Finanzausschusses erläutert - die Variante 3 vom Stadtentwicklungsbeirat favorisiert wurde, wofür sich ebenfalls der Finanzausschuss aussprach. Abschließend geht er näher auf die einzelnen Bereiche ein (Anordnung der Park & Ride Flächen bzw. des Busbahnhofs, Bahnhofsvorplatz, Straßenführung der Friedenstraße und des Amalienweg, Friedrich-Ebert-Straße als Einbahnstraße).
Als nächstes geht Herr Volkamer auf die bei der Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes nötigen Straßen- und Kanalbauarbeiten ein und stellt für jeden Abschnitt die durchzuführenden Arbeiten dar und erläutert, mit welchem Kostenrahmen bzw. Zeitfenster gerechnet werde. Aufgrund des knappen Zeitplans bis zur geplanten Fertigstellung im Jahr 2010 dürfe es zu keinerlei Verzögerungen kommen.
Berufsmäßiger Stadtrat Rodamer geht im Folgenden auf die Finanzierung ein und beziffert die Gesamtkosten der Maßnahme auf rd. 4,5 Mio. €, wobei nach einer äußerst groben Schätzung durch verschiedene Förderungen (Straßenbau, Geh- und Radweg, Mittel aus ÖPNV für Busbahnhof und Park & Ride inkl. Grunderwerb, Bahnhofsvorplatz) in Höhe von 1,9 Mio. € zu rechnen sei, so dass nach Abzug von Anliegerbeträgen und eines grob geschätzten Kostenbeitrages für die Staatsstraße Eigenmittel in Höhe von ca. 1,9 Mio. € auf die Stadt Kitzingen zukommen könnten.
Stadtrat Schardt als Stadtentwicklungsreferent bedankt sich für die ausführliche Ausarbeitung der Sitzungsvorlage und ist der Ausfassung, dass man das vorgestellt Konzept – auch wenn es bei einzelnen Punkten noch überdacht werden müsste – so beschließen und schnellstens angehen sollte.
Stadträtin Wallrapp als Umweltreferentin stellt fest, dass dieser vom Bahnhof kommenden Stadteingangsbereich sowie die damit verbundenen Kanalarbeiten dringend umgestaltet bzw. erledigt werden müssten. Sie bittet, dass bei der Umgestaltung entsprechende Grünbereiche geschaffen werden und die Bürger frühzeitig von den Planungen unterrichtet werden.

B. Stellungnahmen der Stadtratsfraktion bzw. gruppen:

a) CSU-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Weiglein freut sich, dass man die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes mit diesem Beschluss auf den Weg bringen könnte, nachdem bereits seit Jahren versucht werde, eine entsprechende Umgestaltung voranzutreiben. Mögliche Änderungen bzw. Einwendungen bezüglich der Detailplanung sollten seiner Auffassung nach im Rahmen des Bebauungsplan-Verfahrens geklärt werden, so dass die CSU diesem Beschlussentwurf zustimmen werde.

b) SPD-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Dr. von Hoyningen-Huene ist froh, dass die Umgestaltung des Bahnhofsumfeldes auch mit Blick auf „Natur in Kitzingen 2011“ angegangen werde. Er bittet die Festlegung der Friedrich-Ebert-Straße als Einbahnstraße vom Beschlussentwurf zu streichen, nicht dass dies hiermit endgültig festgelegt sei. Seiner Auffassung nach bestehe hierfür noch Diskussionsbedarf. Ebenfalls bittet er um Prüfung, inwie-

weit durch eine andere Aufteilung der Park & Ride Plätze manche Schrebergärten erhalten bleiben könnten. Er weist hinsichtlich der Anliegerbeträge darauf hin, dass man die Bürger frühzeitig informieren müsse, mit welchen Kosten zu rechnen sei. Die SPD stimmt dem Beschlussentwurf zu.

c) UsW-Stadtratsfraktion:
Stadtrat Müller freut sich, dass aufgrund der erneuten Verhandlungen mit der Bahn, die Stadt ein für die Umsetzung der Park & Ride Flächen erforderliche Grundstück erworben habe. Er weist darauf hin, dass sich die UsW für den Beschlussentwurf ausspreche, gleichwohl man über Details im Rahmen des Verfahrens noch diskutieren müsse (z. B. Einbahnstraße, Busverkehr des OVF). Weiter bittet er um Prüfung, ob ein weiteres Grundstück in diesem Bereich erworben werden könnte, um durch eine Umordnung der Park & Ride Flächen manche Schrebergärten erhalten zu können. Abschließend bittet er, dass man die Bürger frühzeitig über die Planung und über die Anliegerbeiträge informiere.

d) FW-Stadtratsfraktion:
Stadträtin Wallrapp spricht sich ebenfalls für den Beschlussentwurf aus, weist aber auch darauf hin, dass über Details noch diskutiert werden müsste. Sie könnte sich vorstellen, dass die Friedrich-Ebert-Straße und der Amalienweg zur Einbahnstraße umfunktioniert werden, wodurch in diesem Bereich ein „Kreisverkehr“ entstehen könnte.

e) KIK-Stadtratsgruppe
Stadtrat Popp freut sich zwar, dass in diesem Bereich mit der Beschlussfassung eine Umgestaltung erfolge, weist aber darauf hin, dass noch viele Punkte geklärt werden müssten und geht exemplarisch auf die Straßenführung, die Anliegerbeiträge, Bürgerbeteiligung und die Schrebergärten ein. Auch wenn die Umgestaltung sinnvoll sei, könne die KIK diesem Beschlussentwurf nicht zustimmen.

f) ödp-Stadtratsgruppe:
Stadträtin Schmidt weist darauf hin, dass man bereits im Vorfeld den Stadtrat über diese Planung hätte informieren müssen (z. B. durch Ortstermin) um etwaige Änderungen ohne Zeitnot überdenken zu können. Gleiches gelte für die Bürgerbeteiligung. Weiter befürworte sie eine Verlagerung der Park & Ride Flächen und bittet die dafür notwendigen Verhandlungen erneut aufzunehmen. Sie stellt fest, dass die Umgestaltung des Bahnhofsgeländes sinnvoll sei, sie jedoch dem Beschlussentwurf aufgrund des Vorgehens nicht zustimmen könne.

C. Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass man aufgrund der verfügbaren Flächen nicht viele Möglichkeiten habe, die Park & Ride Plätze und den Busbahnhof unterzubringen, gleichwohl sagt er zu, hierfür nötige Grundstücksverhandlungen nochmals anzugehen bzw. anzufragen. Weiter erklärt er, dass man den Beschluss in vorliegender Form beschließen sollte, da man im Bebauungsplanverfahren (Anregungen der Träger öffentlicher Belange sowie der Bürgerbeteiligung) ohnehin Details noch überdenken könnte.
Herr Wirth gibt zu Bedenken, dass eine Verlegung der Einbahnstraße auf den Amalienweg nach den Berechnungen eine Überlastung der Inneren Sulzfelder Straße mit sich bringen würde.
Stadtrat Straßberger ist der Auffassung, dass man durch ein Parkdeck über dem Busbahnhof ebenfalls eine entsprechende Anzahl von Park & Ride Flächen erhalten könne, wodurch die Schrebergärten nicht beansprucht werden müssten.
Herr Wirth erklärt, dass man dies in der Planung durchgerechnet habe, jedoch die Kosten pro Parkplatz bei einem Parkdeck erheblich höher seien als bei den derzeit geplanten Parkflächen, die Förderung sich jedoch nach der einfachsten Möglichkeit richte, gleich welche Variante man wähle.

Stadtrat Straßberger ist der Auffassung, dass man für das Parkdeck Gebühren erheben müsste, worauf Oberbürgermeister Moser hinweist, dass die Vorraussetzung für den Zuschuss von Park & Ride Flächen die kostenfreie Überlassung der Parkflächen sei.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte ausführlich über eine mögliche Einbahnstraßenregelung in der Friedrich-Ebert-Straße, woraufhin Oberbürgermeister Moser zu sagt, diesen Punkt vom Beschlussentwurf zu streichen.

D. **Mit 21 : 4 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag des Stadtbauamtes wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht grundsätzlich Einverständnis, mit den vorgelegten Maßnahmen:

   a. Errichtung der P+R-Anlage mit ca. 150 Stellplätzen auf dem erworbenen Gelände der ehemaligen Bahnmeisterei bzw. Teilflächen der Kleingärten (Grundsatz- und Maßnahmenbeschluss)
   b. Errichtung des zentralen Omnibusbahnhofes auf dem Gelände der ehemaligen Güterhalle (Grundsatz- und Maßnahmenbeschluss)
   c. Umgestaltung des Bahnhofsvorplatzes (Grundsatz- und Maßnahmenbeschluss)
   d. Umgestaltung des Amalienweges (Grundsatz- und Maßnahmenbeschluss)
   e. Ausbau des Reststückes Friedenstraße vom Postamt bis zum Gebäude Haus-Nr. 5 (Notariat), sowie Anlage eines kombinierten Geh- und Radweges und Längsparkstreifen vom geplanten Zentralomnibusbahnhof (ZOB) bis zur Kreuzung Kaltensondheimer Straße entlang des Bahngeländes (Maßnahmenbeschluss)
   f. Kanalauswechslung Friedrich-Ebert-Straße (Maßnahmenbeschluss)
   g. Kanalauswechslung Friedenstraße (Maßnahmenbeschluss)
   h. Umgestaltung Friedrich-Ebert-Straße (Grundsatzbeschluss des Finanzausschusses vom 09.01.2005 bzw. des Stadtrates vom 16.01.2005 wird aufgrund der im Sachvortrag erläuterten Änderungen ergänzt bzw. geändert).
      - Der Punkt D des Stadtratsbeschlusses vom 16.01.2005 wird wie folgt geändert:
        Die Friedrich-Ebert-Straße erhält im Bereich der Staatsstraße St 2270 im nordwestlichen Bereich einen einseitigen Parkstreifen. Im Bereich der Ortsstraße ab Kreuzung Innere Sulzfelder Straße bis Bahnhofplatz ist ein beidseitiger Parkstreifen vorzusehen.
      - Der Punkt F des Stadtratsbeschlusses vom 16.01.2005:
        Die Breite des nordwestlich kombinierten Geh- und Radweges der Friedrich-Ebert-Straße beträgt 3,25 m.
      - Zusätzlich soll die Vorfläche vor dem Haupteingang des Alten Friedhofes in den Bauentwurf aufgenommen werden.

        Die Verwaltung wird beauftragt, aufgrund der geänderten Situation einen geänderten Bauentwurf schnellstmöglich vorzulegen.

3. Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes – P+R-Anlage am Amalienweg

   a. Es besteht Einverständnis für den Bereich der geplanten P+R-Anlage, sowie zur Sicherung der verbleibenden Kleingartenanlage einen Bebauungsplan aufzustellen (vorgesehener Geltungsbereich – siehe Lageplan)

      Ziele der Planung sind vor allem:
      - Baurechtliche Sicherung der P+R-Anlage mit ca. 150 Stellplätzen sowie die baurechtliche Sicherung der verbleibenden Kleingärten

- Sicherstellung der verkehrstechnischen Erschließung der P+R-Anlage über die Ortsstraße „Amalienweg“.
- Definition/Überprüfung von Maß und Art der baulichen Nutzung
- Sicherung und Verbesserung der Erschließung

b. Zum Geltungsbereich gehören folgende Fl.Nr. der Gemarkung Kitzingen:
- Fl.Nr. 1993/5 (Teilfläche - Amalienweg)
- Fl.Nr. 1606 (Teilfläche - Amalienweg)
- Fl.Nr. 1608/3
- Fl.Nr. 1998/5 (Teilfläche)
- Fl.Nr. 1608/5
- Fl.Nr. 1998/3 (Teilfläche)
- Fl.Nr. 1608
- Fl.Nr. 1608/2
- Fl.Nr. 1608/1
- Fl.Nr. 1779/2 (Teilfläche – Innere Sulzfelder Straße St 2270)
- Fl.Nr. 1607
- Fl.Nr. 1605/1
- Fl.Nr. 1605

c. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Bebauungsplanverfahrens nach § 13 a Baugesetzbuch beauftragt.
Bis Januar 2008 sind Planungsentwürfe vorzulegen.

4. Aufstellungsbeschluss eines Bebauungsplanes

Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB) – vorgesehener Geltungsbereich (siehe Lageplan)

a. Es besteht Einverständnis für den Bereich des geplantes zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB) einen Bebauungsplan aufzustellen.

Ziele der Planung sind vor allem:
- Baurechtliche Sicherung des zentralen Omnibusbahnhofes (ZOB)
- Sicherstellung der verkehrstechnischen Erschließung über die Ortsstraße Friedenstraße

b. Zum Geltungsbereich gehören folgende Fl.Nr. der Gemarkung Kitzingen
- Fl.Nr. 2002 (Teilfläche – ehem. Güterhalle)
- Fl.Nr. 2000/3 (Teilfläche)
- Fl.Nr. 2000/9 (Teilfläche)
- Fl.Nr. 2050 (Teilfläche – Friedenstraße)

c. Die Verwaltung wird mit der Durchführung des Bebauungsplanverfahrens nach § 13 a Baugesetzbuch beauftragt.
Bis Januar 2008 sind Planungsentwürfe vorzulegen.

2. Bausache
BGVNr. 26/07
Umbau C + C-Lager, Fl.Nr. 6025, Max-Planck-Str. 8, Gmkg. Kitzingen
Antragsteller: Fa. Greiner-Hammer GbR, Bad Mergentheim,

A. **Mit 20 : 5 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

2. Die bauaufsichtliche Genehmigung zum Umbau des C + C-Lagers, auf Fl.Nr. 6025, Max-Plank-Straße 8, Gmkg. Kitzingen, durch die Fa. Greiner-Hammer GbR wird unter Festlegung des speziellen Vertriebs und Sortimentskonzepts erteilt, jedoch ohne Außenfläche.

B. Stadtrat Müller gibt zu Protokoll, dass er nicht wegen dem Markt, vielmehr aufgrund der darin enthaltenden Ablehnung der Außenfläche, dagegen gestimmt habe.

3. Bausache
BGVNr. 89/07
Nutzungsänderung; Ergänzung Warensortiment und Freiflächengestaltung
August-Gauer-Str. 2, Gmkg. KT, Fl.Nr. 1507/1517
Antragsteller: Fa. Globus GmbH & Co. KG Völklingen

Mit 23 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Ergänzung des Warensortiment und Freiflächengestaltung auf Fl.Nr. 1507/1517, August-Gauer-Str. 2, Kitzingen, durch Fa. Globus GmbH & Co. KG, Völklingen, ist nur unter folgenden Maßgaben zu erteilen:

   Zustimmung für beantragte Mehrungen bei:

   a. Gartenmöbeln/Camping bis zu 730 m²
   b. Einrichtung einer Gartenhausausstellung bis zu 220 m²
   c. Sortiment „Schöner Wohnen/Gardinen/Stoffe auf 80 m²
   d. Sortiment „Saisonartikel“ auf 100 m² zu beschränken

   Alle übrigen Vergrößerungswünsche sind mit Verweis auf das Zentrenkonzept und die Vorgaben des B-Plans Nr. 25 „A.-Gauer-Straße“ abzulehnen.

4. Bausachen
Geplanter B-Plan Nr. 88 „Repperndorfer Straße/S.-Wilke-Straße“
Hier: Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre zum „Abbruch von Gebäude 3 (Lager) und Errichtung einer Garage/Lager
Flnr. 3683 „Repperndorfer Straße 12a“
Antragsteller: Herr M. Breunig (Kitzingen)

A. Berufsmäßiger Stadtrat Groß geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass man dem Vorhaben aufgrund der Veränderungssperre in diesem Bereich konsequenterweise nicht zustimmen sollte.
Stadtrat Lux ist der Auffassung, dass dieses Vorhaben zu einer Verbesserung in diesem Bereich führen würde und er daher dem Beschlussvorschlag zustimmen könnte.
Oberbürgermeister Moser gibt zu Bedenken, dass aufgrund der ungeordneten Verhältnisse in diesem Bereich und der Folge, eingehende Anträge positiv bescheiden zu müssen, der Stadtrat die Veränderungssperre festgelegt habe um dem entgegenzuwirken.
Im Folgenden diskutieren die Stadträte über das Vorhaben und kommen überein, hingegen dem Verwaltungsvorschlag dem Antrag des Herrn Breunig positiv gegenüberzustehen.

B. **Mit 4 : 21 Stimmen**

Dem Antrag auf Ausnahme von der Veränderungssperre „B-Plan Nr. 88 – Repperndorfer Straße/S.-Wilke-Straße“ i. F. des Abbruch von Gebäude 3 (Lager) und Errichtung einer Garage/Lager auf Flnr. 3683 Repperndorfer Straße 12a (Gemarkung Kitzingen) durch Herrn M. Breunig (Kitzingen) wird nicht stattgegeben.

5. Umfeldgestaltung
Kreuzkapelle Etwashausen
Zuschussantrag des Kath. Pfarramtes St.-Johannes

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

2. Es besteht angesichts der besonderen kulturhistorischen Bedeutung der Kreuzkapelle und der Nähe zum künftigen Gartenschaugelände Einverständnis, die Gesamtmaßnahme „Umfeldgestaltung Kreuzkapelle“ mit 10% der zuschussfähigen Kosten bzw. mit max. 7.600,00 € zu unterstützen.

6. Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Kommunalprogramms

Ohne Abstimmung

1. Es wird davon Kenntnis genommen, dass im Altstadtbereich eine weitere Privatmaßnahme inzwischen fertig gestellt ist. Geprüfte Schlussrechnungen liegen vor; somit kann der Antrag entschieden werden.

1.1 **Anwesen Marktstraße 18 (Denkmalschutz)**

Durchgeführte Arbeiten:	Maler- u. Verputzerarbeiten, Spengler- u. Dachdeckerarbeiten
geprüfte Bausumme:	48.587,94 €
davon zuschussfähig:	43.947,92 €
vorgeschlagene Zuschussquote:	15 %
vorgeschlagener Zuschuss:	5.000,00 € (Höchstzuschuss)

7. Rathaus Kitzingen
Pforte

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die Pforte wird gemäß der Planung des Stadtbauamt Kitzingen vom Dezember 1998 umgebaut.

3. Die erforderlichen Mittel in Höhe von 19.000,00 € werden im Haushalt außerplanmäßig bereitgestellt.

8. Nordtangente BA I
Ausbau Knotenpunkt B 8 – Deckenbaumaßnahme B 8 „Hindenburgring West“

A. **Mit 25 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Mit der Durchführung der Deckenbaumaßnahme an der B 8 „Hindenburgring-West“ besteht Einverständnis.

3. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, eine entsprechende Vereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland, vertreten durch den Freistaat Bayern, dieser vertreten durch das Staatliche Bauamt, abzuschließen.

B. In diesem Zusammenhang weist Stadträtin Wallrapp auf die baulichen Mängel in diesem Bereich hin, die ihrer Auffassung nach aufgrund unsachgemäßem Arbeiten der ausführenden Firma entstanden seien. Sie möchte wissen, ob die Stadt Kitzingen dies bereits bezahlt habe. Ihrer Auffassung nach müsse die Firma diesen Mangel nachbessern.
Berufsmäßiger Stadtrat Groß erklärt, dass man dem bereits nachgehe.

9. Bauantrag BGVNr. 47/07 Errichtung von 2 Silos für Körnerschrot
Fl.Nr. 137 Tfl., Gmkg. Klosterforst
Antragsteller: Fa. Biogas Kitzingen 1 GmbH

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Errichtung von Silos für Körnerschrot auf Fl.Nr. 137 Tfl. durch Fa. Biogas Kitzingen 1 GmbH ist nach Abschluss des Verfahrens auf der Grundlage des § 35 Abs. 2 BauGB zu erteilen.

10. Kommunalwahl 2008;
Bestellung des Wahlleiters und seines Stellvertreters

Mit 25 : 0 Stimmen

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

2. Der Oberbürgermeister der Stadt Kitzingen wird zum Wahlleiter für die Kommunalwahl 2008 berufen.

3. Herr Jörg Engelbrecht wird als stellvertretender Wahlleiter berufen.

11. Anfrage von Stadträtin Arayici

Bushaltestelle Etwashauen – Fa. Fehrer

Stadträtin Arayici weist darauf hin, dass an der Bushaltestelle in Etwashausen (Fa. Fehrer) Handlungsbedarf bestehe, da die Kinder auf dem Gehweg und teils auf der Straße stehen müssen. Hierdurch seien die Kinder erheblichen Gefahren ausgesetzt.
Oberbürgermeister Moser weist darauf hin, dass die Verwaltung hierbei schon tätig wurde und bereits einige Informationen vorliegen. Die Angelegenheit werde in einem der nächsten Sitzungen des Verwaltungs- und Bauausschuss behandelt.

Oberbürgermeister Moser schließt die öffentliche Sitzung um 20.55 Uhr.

gez.	gez.
Oberbürgermeister	Protokollführer